

## **BGer 8C\_650/2013 vom 20. September 2013**

Bundesgericht, 2013-09-20, DE

Quelle: [https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/bger\\_8C\\_650\\_2013](https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/bger_8C_650_2013)

FR: TF 8C\_650/2013 du 20 septembre 2013

IT: TF 8C\_650/2013 del 20 settembre 2013

### **Volltext**

Bundesgericht

Tribunal fédéral

Tribunale federale

Tribunal federal

8C\_650/2013 {T 0/2}

Urteil vom 20. September 2013

I. sozialrechtliche Abteilung

Besetzung

Bundesrichterin Leuzinger, Präsidentin,

Gerichtsschreiber Batz.

Verfahrensbeteiligte

Helsana Unfall AG ,

Recht, Postfach, 8081 Zürich Helsana,

Beschwerdeführerin,

gegen

Sanitas Grundversicherungen AG , Rechtsdienst Departement Leistungen, Lagerstrasse  
107, 8021 Zürich,

Beschwerdegegnerin,

U.\_\_\_\_\_.

Gegenstand

Unfallversicherung (Prozessvoraussetzung),

Beschwerde gegen den Entscheid des Verwaltungsgerichts des Kantons Bern

vom 13. August 2013.

Nach Einsicht

in die Beschwerde vom 13. September 2013 (Poststempel) gegen den Entscheid des  
Verwaltungsgerichts des Kantons Bern, Sozialversicherungsrechtliche Abteilung, vom 13.  
August 2013,

in Erwägung,

dass die Vorinstanz im angefochtenen Entscheid den Einspracheentscheid der Helsana Unfall AG vom 28. Mai 2013 aufhob und die Sache zu weiteren Abklärungen im Sinne der Erwägungen und anschliessender neuen Verfügung zurückwies,

dass es sich beim vorinstanzlichen Entscheid um einen - selbstständig eröffneten - Zwischenentscheid im Sinne von Art. 93 BGG handelt (vgl. BGE 133 V 477 E. 4.2 S. 481),

dass die Zulässigkeit der Beschwerde somit - alternativ - voraussetzt, dass der Entscheid einen nicht wieder gutzumachenden Nachteil bewirken kann ( Art. 93 Abs. 1 lit. a BGG ), oder dass die Gutheissung der Beschwerde sofort einen Endentscheid herbeiführen und damit einen bedeutenden Aufwand an Zeit und Kosten für ein weitläufiges Beweisverfahren ersparen würde ( Art. 93 Abs. 1 lit. b BGG ),

dass ein Nachteil im Sinne von lit. a erst irreparabel ist, wenn er nicht später mit einem günstigen Endurteil in der Sache behoben werden könnte ( BGE 137 III 522 E. 1.3 S. 525 mit Hinweisen),

dass ein solcher Nachteil überdies bei der Beschwerde führenden Person ausgewiesen sein muss,

dass solches weder geltend gemacht (zur diesbezüglichen Begründungspflicht: BGE 134 III 426 E. 1.2 in fine mit Hinweisen) noch erkennbar ist (vgl. BGE 133 V 477 E. 5.2.4 S. 484 sowie Urteile 8C\_473/2013 vom 29. Juli 2013, 8C\_459/2013 vom 9. Juli 2013, 8C\_286/2013 vom 4. Juni 2013 und 8C\_188/2012 vom 27. März 2012),

dass ebenso wenig ein Eintreten auf die Beschwerde gestützt auf lit. b angezeigt ist,

dass nämlich, selbst wenn mit einer Gutheissung der Beschwerde direkt ein sofortiger Endentscheid herbeigeführt werden könnte und damit die im Rückweisungsentscheid angeordneten ergänzenden Sachverhaltsabklärungen obsolet würden, damit praxisgemäss kein bedeutender Aufwand an Zeit oder Kosten für ein weitläufiges Beweisverfahren im Sinne dieser Bestimmung erspart würde (dazu statt vieler: Urteile 8C\_413/2013 vom 15. Juli 2013, 8C\_963/2012 vom 20. Dezember 2012, 8C\_268/2013 vom 3. Mai 2013 und 8C\_906/2012 vom 7. Dezember 2012, je mit Hinweisen),

dass im Übrigen zwar das kantonale Gericht bei festgestellter Abklärungsbedürftigkeit selber eine medizinische Begutachtung anzuordnen hat ( BGE 137 V 210 E. 4.4, für die Unfallversicherung: BGE 138 V 318 ),

dass aber der Entscheid des kantonalen Gerichts, die Sache trotzdem zur weiteren medizinischen Abklärung an den Versicherer zurückzuweisen, vor Bundesgericht regelmässig nicht anfechtbar ist ( BGE 139 V 99 ),

dass den Parteien nach Massgabe des Art. 93 Abs. 3 BGG die Beschwerde gegen den Endentscheid offen stehen wird,

dass sich demzufolge die Beschwerde gegen den Zwischenentscheid insgesamt als offensichtlich unzulässig erweist, weshalb sie im vereinfachten Verfahren nach Art. 108 Abs. 1 lit. a und b BGG erledigt wird,

dass die Beschwerdeführerin nach Art. 66 Abs. 1 BGG kostenpflichtig wird,

erkennt die Präsidentin:

1.

Auf die Beschwerde wird nicht eingetreten.

2.

Die Gerichtskosten von Fr. 300.- werden der Beschwerdeführerin auferlegt.

3.

Dieses Urteil wird den Parteien, U.\_\_\_\_\_, dem Verwaltungsgericht des Kantons Bern, Sozialversicherungsrechtliche Abteilung, und dem Bundesamt für Gesundheit schriftlich mitgeteilt.

Luzern, 20. September 2013

Im Namen der I. sozialrechtlichen Abteilung

des Schweizerischen Bundesgerichts

Die Präsidentin: Leuzinger

Der Gerichtsschreiber: Batz

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.